

KOMMENTARE

Kein großer Wurf

Reform für ARD und ZDF lässt Zwerganstalten unangetastet

Das von der Politik geschnürte Reformpaket für ARD, ZDF und Deutschlandradio ist in Teilen eine Mogelpackung. Weniger Radio und weniger TV-Sender sowie schlankere Strukturen, das klingt für den Gebührensahler auf den ersten Blick vielversprechend. Doch der große Wurf ist den Ministerpräsidenten der Länder damit nicht gelungen. Denn vor dem Hintergrund der Finanzierungsprobleme, eines ausgefransten Angebots und einer Glaubwürdigkeitskrise als Folge zahlreicher Skandale hätten die Länderchefs die nicht überlebensfähigen ARD-Zwerganstalten konsequenterweise auflösen müssen.



Von Rainer Haendle

deshalb vorsichtigen Applaus, weil es heikle Themen nicht ausklammert. Dazu zählt eine Begrenzung der teuren Sportrechte ebenso wie das äußerst angespannte Verhältnis der gebührenfinanzierten Rundfunksender zu den Zeitungsverlagen, die ihre journalistischen Angebote verkaufen müssen.

Vor der Erfindung des Internets kamen sich beide Seiten nicht ins Gehege. Doch seitdem Hörfunk und Fernsehen immer mehr ins Digitale drängen und dort zunehmend kostenlose Leseangebote platzieren, kommt es zu einer Wettbewerbsverzerrung. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass die Kommission das bislang häufig missachtete Verbot der Presseähnlichkeit weiter konkretisieren und die Textangebote der Sender im Internet stärker einschränken will. Gerade vor dem Hintergrund des erstarkenden Rechtspopulismus braucht Deutschland ganz dringend einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk und eine starke freie Presse. Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass dies nur mit klaren Grenzen bei der Internet-Berichterstattung funktioniert.



ZAHLE DES TAGES

2

Milliarden Euro stehen in einem neuen Förderprogramm der KfW für klimafreundliche Wohnungen zur Verfügung.

ZITAT DES TAGES

Wir müssen von einer regulativen Agenda zu einer positiv unterstützenden Agenda wechseln.

Sergey Lagodinsky Der EU-Politiker zur gezielten Förderung von KI-Projekten.

KALENDERBLATT

28. September 1979: Niki Lauda erklärt in Montreal seinen Rücktritt vom Motorsport. Zweieinhalb Jahre später kehrt der Österreicher zurück und wird 1984 zum dritten Mal Formel-1-Weltmeister. (dpa)

Ungewissheit

Wie werden die USA der Ukraine künftig helfen?

Von Stefan Kegel

Eines kann man Donald Trump nicht vorwerfen: Dass er sich mit dem zurückhält, was er denkt. Und der ehemalige US-Präsident hat schon vor seinem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj klargestellt, was mit der Ukraine passieren würde, wenn er wieder ans Ruder käme: Binnen kürzester Zeit müsste das Land große Gebietsabtretungen an Russland im Gegenzug für einen Waffenstillstand akzeptieren. Denn ihr größter militärischer Unterstützer liegt weg: die USA. Trump brüstet sich damit, quasi über Nacht einen Frieden aushandeln zu können. Weitere Milliarden an Militärgütern hingegen würden unter ihm nicht kommen – jedenfalls nicht, wenn damit kein Geschäft verbunden wäre.

Wenn also US-Präsident Joe Biden jetzt nochmal ein Milliardenpaket für die Ukraine auflegt und in knapp zwei Wochen, kurz vor dem Ende seiner Amtszeit, selbst beim sogenannten Ramstein-Treffen der Ukraine-Unterstützer in Deutschland dabei sein wird, sendet er damit ein Signal – allerdings eines, dessen Reichweite bisher noch unklar ist, wenn man es aus deutscher Sicht betrachtet.

Denn die bisherige Einigkeit der Ukraine-Freunde, den Einsatz weitreichender westlicher Waffen gegen Russland zu unterstützen, bröckelt. Es kann durchaus sein, dass Bundeskanzler Olaf Scholz mit seiner gegensätzlichen Linie bald allein dasteht. Dabei war er bisher jeglichen Schritt in Ukraine-Fragen gemeinsam mit Biden gegangen. Sollte dreieinhalb Wochen vor der US-Präsidentenwahl das westliche Langstrecken-Verbot fallen, wäre jedenfalls diese Einigkeit dahin.

Schnell reagiert

Die EU hat beim Thema KI aus früheren Fehlern gelernt

Von Knut Krohn

Die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz läuft in einem atemberaubenden Tempo. Als sich die EU vor rund vier Jahren zum ersten Mal mit einer Regulierung der neuen Technologie befasste, gab es das inzwischen zum Standard gehörende Programm ChatGPT noch gar nicht. Die Politik ist von der technischen Entwicklung schlicht überrollt worden, hat mit der neuen KI-Gesetzgebung allerdings überraschend schnell reagiert. Im weiten Bereich der Informatik wird dieses Vorgehen für den Gesetzgeber in Zukunft zum Normalzustand werden.

Die Eile und die Konsequenz, mit der in Brüssel zu Werke gegangen wurde, zeigt, dass die Politik ihre Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit gezogen hat. Zu lange wurde einst tatenlos zugesehen, wie die Sozialen Medien zum Nährboden für Hass und Hetze wurden. Und zu lange hat man sich auf die hohlen Versprechungen von Tech-Unternehmen wie Meta verlassen, das Problem selbst zu lösen.

Wichtig ist auch, dass die europäischen Gesetzgeber in Brüssel ein offenes Ohr für die Wirtschaft haben. Der Schutz etwa von Bürgerrechten ist essenziell, aber Europa soll trotz aller Einschränkungen als Standort für KI-Entwicklung attraktiv bleiben. Ansonsten besteht die Gefahr, dass eine Technik, die das Potenzial hat, die Welt grundlegend zu verändern, vor allem außerhalb Europas entwickelt wird. Auf diesem Weg könnte ein autoritärer Staat wie China seine für eine freie und demokratische Gesellschaft eher zweifelhaften Werte durch die virtuelle Hintertür in den Köpfen der Menschen verankern. ■ Wirtschaft

GASTBEITRAG

Krieg in der Ukraine: Sind es wirklich „die Russen“?

Der Karlsruher Lehrer Dirk Lundberg findet, Sprache sollte sensibler sein

Noch in den 1980er Jahren – Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – war die Wendung „die Russen kommen“ auch jüngeren Menschen vertraut. Die Vorurteile und die Angst vor „den Russen“ blieben im Kalten Krieg präsent. Erst mit der Öffnung der Sowjetunion in der Ära des Präsidenten Michail Gorbatschow begann ein langsamer Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung. Als Geschichtslehrer fühle ich mich in besonderer Weise der Völkerverständigung zwischen Deutschland und Russland verpflichtet. Seit 25 Jahren versuche ich, mit Projekten und Schüleraustausch junge Menschen aus Deutschland und Russland zusammenzubringen und damit zur Versöhnung zwischen beiden Völkern beizutragen. Seit dem Angriffskrieg des Präsidenten Wladimir Putin auf die Ukraine ist diese Aufgabe besonders schwierig, aber nicht weniger wichtig. Denn es wird eine Zeit nach dem Krieg geben, in der Hass und Vorurteile mühsam abgebaut werden müssen – eine Aufgabe für Generationen.

Als Russisch-Lehrer ist es mir wichtig, sehr genau zwischen den Kriegstreibern um Putin und „den Russen“ zu unterscheiden. Warum? Ich möchte die russischsprachigen Familien in Deutschland, die sich Russland in besonderer Weise verbunden fühlen, und in denen Putins Narrativ über die Ukraine zum Teil auf Verständnis stößt, nicht an die AfD verlieren.

Ich möchte, dass junge Menschen nicht unkritisch Putins Erzählung folgen, auch wenn sie über russische Social-Media-Kanäle und das russische Staatsfernsehen ununterbrochen verbreitet wird. Es geht mir darum, dass Schüler begreifen, dass die freie Meinungsbildung in einer offenen Gesellschaft ein hohes Gut darstellt, für das wir uns einsetzen sollten. Dass wir uns einmischen können, ohne Angst haben zu müssen.

Deshalb wandte sich mein Geschichtskurs im Juni dieses Jahres in einem offenen Brief an Marietta Slomka, Chefmoderatorin des „heute journal“ im ZDF. Zuvor hatten wir Ausschnitte der Sendung analysiert. Uns fiel auf, dass dort pauschal von „den Russen“ gesprochen wurde, auch wenn es um militärische Angriffe oder um Kriegsverbrechen ging. Zum Beispiel: „Die Russen foltern und töten gezielt Vertreter der ukrainischen Intelligenzija.“

Wir erklärten in dem Brief, dass solche verallgemeinernden Äußerungen Vorurteile gegenüber allen Russen verstärken und die Gefühle zahlreicher russlanddeutscher Mitbürger verletzen. In Deutschland leben über 2,5 Millionen Menschen mit russischsprachigem Hintergrund, die meisten von ihnen

konnten Ende der 1980er Jahre aus der UdSSR und später aus ihren Nachfolgestaaten in die Bundesrepublik auswandern. In meinen Klassen haben zahlreiche Schülerinnen und Schüler solch einen Hintergrund. Wir baten also die ZDF-Redaktion darum, pauschalisierende Formulierungen über „die Russen“ zu vermeiden und die Akteure klar zu benennen. Außerdem baten wir um eine Rückmeldung. Meine Hoffnung dabei war: Junge Menschen treten in einen inhaltlichen Diskurs mit einem öffentlich-rechtlichen Sender, dessen Auftrag unter anderem in der Stärkung unserer Demokratie besteht. Die Schülerinnen und Schüler fühlen sich ernst genommen und erreichen bestenfalls, dass pauschalisierende Äußerungen künftig vermieden werden.

Sie vergleichen außerdem kritisch diesen Austausch mit der Realität im heutigen Russland: Könnten russische Schulklassen mit ihrem Lehrer gefahrlos Kritik an den staatlichen russischen Medien üben? Könnten sie kritisieren, dass pauschalisierend „die Ukrainer“ und „der Westen“ für Kriegsverbrechen verantwortlich ge-

macht werden? Die Antwort lautet wohl: „Nein“.

Öffentliche Kritik von russischen Schulklassen an den staatlichen Medien in dem autoritär regierten Land wäre für alle Beteiligten gefährlich und würde von Schulleiterinnen und Lehrern nicht unterstützt – ganz im Gegensatz zu der Möglichkeit der freien Meinungsäußerung in unserer liberalen Demokratie.

Der offene Brief sollte aber noch mehr bewirken: Auch die Eltern der russischsprachigen Schülerinnen und Schüler können spüren, dass in der Schule nicht – wie häufig behauptet – eindimensional geurteilt wird. Und dass auch ihr persönliches Schicksal und ihre Identität als „Russin“, „Russlanddeutsche“ oder „Deutsche mit russischem Hintergrund“ wahrgenommen werden.

Die Reaktion auf unseren offenen Brief war zunächst enttäuschend. Es hieß, die Moderatorin habe keine Zeit zum Antworten. Also bat ich die ZDF-Redaktion explizit: „Helfen Sie mir, junge Menschen in ihrem Engagement für die Demokratie zu stärken, anstatt sie mit freundlichen Worten abzuwimmeln. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung.“ Erfreulicherweise wurde unserem Anliegen am Ende mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Das Wahlverhalten junger Menschen irritiert und verstört nicht erst seit den Land-



Dirk Lundberg

Er unterrichtet am Kant-Gymnasium in Karlsruhe die Fächer Russisch und Geschichte und ist außerdem in der Lehrerfortbildung tätig. Lundberg hat mit seinen Schülern einen Brief an das ZDF geschrieben, mit der Bitte, über den Ukraine-Krieg sensibler zu berichten. Foto: Tymofii Danyilevskiy

Wir können uns einmischen, ohne Angst haben zu müssen.

Dirk Lundberg Lehrer Kant-Gymnasium in Karlsruhe

tagswahlen in Sachsen und Thüringen. Die AfD ist mittlerweile bei jungen Menschen die stärkste Partei. Wenn wir es ernst meinen mit dem Kampf für unsere freiheitliche Grundordnung, dürfen wir die Verantwortung für Demokratieerziehung nicht allein den Schulen überlassen.

Junge Menschen in ihren Anliegen ernstzunehmen – das wünsche ich mir in Zukunft von allen gesellschaftlichen Akteuren – aber besonders von den öffentlich-rechtlichen Sendern. Übrigens werden beim „heute journal“ inzwischen pauschalisierende Äußerungen zu „den Russen“ nach unserem Eindruck vermieden.

Ich hoffe und wünsche mir, dass die Schüler dadurch verstanden haben, dass sie selbst etwas bewirken können, wenn sie sich einmischen. Und dass es sich lohnt, für unsere freiheitliche Demokratie zu kämpfen. Auch außerhalb der Schule.



Druck und Verlag: Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH Linkenheimer Landstraße 133, 76149 Karlsruhe



Verleger, Herausgeber und Chefredakteur: Klaus Michael Baur Stellvertretende Chefredakteure: Rainer Haendle, Lars Geipel

Leitende Redakteure: Rebecca Ditt (Online), Florian Krehel (Nachrichten), Holger Siebnich (Lokales)

Verantwortlich im Sinne des Landespressgesetzes sind folgende Redakteure: Politik, Südwestecho, Wirtschaft, Kultur und Sport: Mario Beltschak; Karlsruhe, Ettlingen, Pforzheim, Bruchsal, Bretten und Hardt: Anne Weiss; Rastatt, Baden-Baden, Gaggenau, Bühl und Achern: Peter J. Funk; Weitere leitende Redakteure: Pascal Schütt, Alexei Makartsev (Autorenteam), Martin Ferber, Daniel Streib (Politik); Sibylle Kranich (Südwestecho); Dirk Neubauer (Wirtschaft); Andreas Jüttner (Kultur); René Dankert, Frank Ketterer (Sport); Moritz Hirn (Lokal-sport); Florian Konrad (Sport Mittelbaden); Frank Seyen (Sport Pforzheim); Stefan Proetel, Tina Givoni, Wolfgang Voigt (Karlsruhe); Rainer Obert (Ettlingen); Frank Löhnig (Achern); Wilfried Lienhard, Ulrich Coenen (Bühl); Harald Holzmann, Sarah Reith, Michael Rudolph (Baden-Baden); Thomas Senger, Swantje Huse, Stephan

Mindestbezugsdauer möglich. Sollte die Zeitung wegen höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens nicht erscheinen, besteht kein Anspruch auf Rückerstattung des Bezugsgebietes. Wir weisen darauf hin, dass Vertragsdaten in einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, gemäß den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen auch über den Zeitpunkt der Vertragsabwicklung hinaus.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Ulf Spannagel, Stefan Hörig. Aufnahme von Anzeigen nur zu den Bedingungen der jeweils gültigen Anzeigenliste und den allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlags. Abstellungen eines Abonnements (gedruckte Ausgabe) können in Textform mit der Frist von einem Monat angenommen werden. Ist eine Mindestbezugsdauer vereinbart, ist die Kündigung erst nach Ablauf der